



Weg mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz!

Der rot-rote Senat hat 2006 das Straßenausbaubeitragsgesetz eingeführt. Ein Grund war damals Berlins Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auf finanzielle Unterstützung durch den Bund und die anderen Länder. Da bis auf Baden-Württemberg alle Bundesländer solche Gebühren erheben, waren die Erfolgsaussichten ohne ein entsprechendes Gesetz gering. Denn wer Geld von den anderen Ländern haben will, darf nicht auf Einnahmen verzichten, die diese erzielen. Die Klage scheiterte dennoch.

Der Verwaltungsaufwand zur Erhebung der Straßenausbaubeitragsgebühren ist immens und angesichts der tatsächlich erzielbaren Einnahmen völlig unverhältnismäßig. Wichtige Investitionen in die Infrastruktur, zum Beispiel Baumaßnahmen der Wasserbetriebe oder der Ausbau des Radwegenetzes, werden blockiert oder verzögern sich um Jahre und sollen auch dann von den Anwohnerinnen und Anwohnern bezahlt werden, wenn sie nicht in ihrem Interesse sind. Letztlich werden sie sogar dann zur Kasse gebeten, wenn sich ihre Lebensqualität und der Wert ihres Grundstücks vermindern, etwa weil die Anliegerstraße zur Durchfahrtsstraße ausgebaut wird.

Zwar ist es durch Ausführungsvorschriften gelungen, Details zu verbessern: So wurden die Beteiligungsformen präzisiert und die Kosten für Straßenbeleuchtung werden nicht mehr umgelegt. Uns reicht das aber nicht aus.


Bedenken gab es auch schon bei der Einführung des Gesetzes. Sie wurden wegen der Klage in Karlsruhe hingenommen, andere Probleme haben sich erst im Gesetzesvollzug herausgestellt. Bei der Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus muss gründlich gearbeitet werden. Es ist zu regeln, wie mit den Einnahmenvorgaben für die Bezirke und mit den bereits bezahlten Straßenausbaubeiträgen verfahren wird.

Wir korrigieren uns: Weg mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz!

**Deshalb am 18. September:
DIE LINKE**

bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

www.dielinke-treptow-koepenick.de

 gedruckt auf 100% Altpapier

V.i.S.d.P. Marko Tesch, Allendeweg 1, 12559 Berlin

**Das
soziale
BERLIN!**
DIE LINKE.

Erfahrungen mit dem Straßenausbau- beitragsgesetz aus Treptow-Köpenick:

■ Der Ausbau der **Müngersdorfer Straße in Altglienicke** wurde vom überwiegenden Teil der Anliegerinnen und Anlieger abgelehnt. Nicht nur dass Grundstücksteile dafür zur Verfügung gestellt werden sollten, auch die Dimension der Straße wurde als unangemessen bekämpft. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sperrte die Haushaltsmittel bis zur Einigung mit den Betroffenen. Der Streit zog sich über Jahre hin. Zuletzt bezeichnete das Bezirksamt den Ausbau der Straße als „zurzeit politisch nicht durchsetzbar“.

■ Die **Mozartstraße in Köpenick-Nord** ist eine winzige Straße, aber Bestandteil des europäischen Radwanderwegs. Den Ausbau dafür sollten die Anliegerinnen und Anlieger größtenteils bezahlen, weil sie ansonsten eine reine Anliegerstraße ist. Der BVV gelang es, den Radwanderweg als überörtliche Verkehrsverbindung zu definieren, und somit den Anteil der Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung wenigstens zu reduzieren.

■ Nach langen Erörterungen zwischen Betroffenen, BVV und Bezirksamt einigte man sich auf eine Ausbauvariante der **Wendenschloßstraße**, die eine Verkehrsberuhigung und Tempo 30 vorsah. Deshalb wurde auf den Bau von Radwegen verzichtet. Nach vorläufigem Abschluss der Baumaßnahmen ordnete

die Verkehrslenkung Berlin tagsüber aber Tempo 50 an, obwohl die Straße wegen der anliegenden Sportplätze und Kitas sehr stark von Kindern benutzt wird. Ergebnis: Hier soll für eine Straße bezahlt werden, die so nicht von der BVV beschlossen wurde und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gewollt wird. Die politische Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen.

■ Bei Starkregen ist in der **Godbersenstraße und im Adlergestell in Schmöckwitz** Land unter. Eine Frage der Straßenentwässerung, die umfangreiche Kosten verursacht. Hier wird, obwohl die Maßnahmen als sinnvoll angesehen werden, die Beteiligung durch die anliegenden Grundstücksbesitzer abgelehnt, weil ohnehin schon hohe Gebühren an die Berliner Wasserbetriebe gezahlt werden. Es droht eine rechtliche Auseinandersetzung.

■ Der nächste Ärger wird sicherlich in der **Wegedornstraße** in Altglienicke ins Haus stehen. Auch hier wird der Ausbau von vielen Anwohnern abgelehnt.

Die Liste der Probleme ließe sich fortsetzen über die Gilgenburger Straße, dem Dammweg, der Josef-Nawrocki-Straße, der Spreepromenade und und und....